Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 337. Sonnabend den 3. December 1887. 81. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 4. December, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Am 1. Januar 1888 kommen beim unterzeichneten Polizeiamte **die Stellen von 4 Boten zur Besetzung.** Mit diesen Stellen ist ein fester Gehalt von je 1000 ℳ jährlich und ein jährliches Bekleidungsgeld von je 90 ℳ verbunden.

Bewerber, welcher ihrer Militairpflicht genügt haben, auch neben körperlicher Tüchtigkeit genügende Gewandtheit bei Abfassung schriftlicher Anzeigen und einige Ortskenntniß in hiesiger Stadt besitzen müssen, sich auch über ihre bisherige tadellose Führung ausweisen können, werden aufgefordert, sich alsbald beim unterzeichneten Polizeiamte zu melden.

Leipzig, am 1. December 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

4659. D. R.

Bekanntmachung.

Neubau des Reichsgerichts-Gebäudes zu Leipzig.

Die Lieferung von

5620 cbm Steinschlag,
1,000,000 Stück Hartbrandsteinen,
2,752,000 „ Hintermauerungssteinen,
2974 cbm Kiessand,
2837 „ Mauersand,
1252 „ hydraulischem Kalk,
1,502,400 kgr Cement

soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Versiegelte und vorschriftmäßig bezeichnete Angebote und Proben sind bis

Freitag, den 9. December d. Js., Vormittags 10 Uhr,

im Amtszimmer der Reichsgerichts-Bauverwaltung, Albertstraße 54, abzugeben. Die Lieferungsbedingungen sind daselbst werktäglich in den Vormittagsstunden einzusehen, auch können dieselben gegen portofreie Einsendung von 1 ℳ von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Leipzig, den 24. November 1887.

Die Reichsgerichts-Bauverwaltung.
Scharenberg.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das für den Laufburschen **August Brand** aus Reichelsheim am 1. Januar 1884 von der Ortsbehörde Sandbach ausgestellte Dienstbuch abhanden gekommen.

Wir bitten, dasselbe im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 30. November 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Gauhr.

I. 5998.

Nichtamtlicher Theil.

Die Krisis in Frankreich.

Eine unwürdige Komödie ist es, welche am Donnerstag in Paris zur Aufführung gelangt ist. Unmittelbar vor Eröffnung der Kammersitzung, in welcher die Abdankungsbotschaft Grevy's mitgetheilt werden sollte, erklärte Grevy dem versammelten Ministerium, daß er bei der veränderten Sachlage den Kammern keine Mittheilung zugehen lassen werde. Das geschah, nachdem Rouvier und seine Amtsgenossen ihren Rücktritt auf Veranlassung Grevy's zum Zweck der Uebermittlung der Botschaft an die Kammern zurückgezogen hatten und dieser Entschluß durch das Amtsblatt veröffentlicht worden war. Man fragt natürlich, wodurch eine so vollständige Veränderung der Sachlage herbeigeführt worden ist, daß Grevy sich zum Verbleiben im Amte verpflichtet fühlen konnte, und die Antwort lautet: Weil die Hauptgegner Ferry's die Fortführung der Präsidentschaft Grevy's als das einzige Mittel erkannten, die Wahl Ferry's zu verhindern, und in diesem Sinne auf Grevy eingewirkt hatten. Der alte, schwache Mann gab diesen Vorstellungen nur zu bereitwillig nach und schuf dadurch eine Lage, welche nach dem Vorgehen der Feinde Ferry's gerade verhindert werden sollte.

Die „Lanterne" deckt die ganze Intrigue auf, indem sie schreibt: „Grevy kann viel gut machen dadurch, daß er dem Verrath Ferry's vorbeugt. Unehre und Bürgerkrieg müssen Frankreich erspart bleiben. Es muß ein Ministerium gebildet werden, das Frankreich aus den Händen Ferry's und der Rechten befreit." Zu den eifrigsten Vertretern der Aufrechthaltung der Präsidentschaft Grevy's gehört Deroulede, der Grevy unter Thränen zum Bleiben zu bewegen suchte und noch am Nachmittag des 1. December, als die Kammer die Sitzung unterbrochen hatte, um Grevy zum Erlaß der zugesagten Botschaft zu zwingen, vor dem Elysée eine Ansprache an die versammelte Menge hielt und mit Hochrufen auf Grevy und Boulanger schloß. Diese Zusammenstellung ist so bezeichnend, daß sie keines erklärenden Zusatzes bedarf. Deroulede, der sich in seinen Hoffnungen, die Dinge ins Rollen zu bringen, getäuscht sah, wollte Zeit gewinnen und einen günstigeren Augenblick abwarten, um seinem Freunde und Mitvertreter des Rachegedankens, Boulanger, den Zugang zum Präsidentenstuhl der Republik und damit zur Dictatur zu sichern. Die Kammer durchschaute jedoch die Intrigue und vertagte sich auf Antrag des Radicalen Biette nochmals auf weitere zwei Stunden, um dem schmachvollen Zustande des Schwankens und der Ungewißheit ein Ende zu machen. Dieser Beschluß wurde mit 531 gegen 3 Stimmen, also nahezu einstimmig gefaßt, und da kam Grevy endlich zur Einsicht, daß seine Mühe, Präsident zu bleiben, aussichtslos sei, und ließ durch Rouvier sagen, daß er seine Entschließung wiederum geändert habe, da es niemals seine Absicht gewesen sei, sich in Widerspruch mit dem Parlament zu setzen. Die Kammer nahm diese Erklärung mit Befriedigung entgegen, und so ist denn als neuer und letzter Termin für die Verkündigung der Abschiedsbotschaft der gestrige Tag festgesetzt worden.

Es läßt sich darüber streiten, ob die Kammer richtig handelte, als sie dem Antrag Cuneo d'Ornano's auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung des Cafforel-Wilson-Scandals annahm, aber nachdem die Entwickelung einmal so weit gediehen war, daß Rouvier am 19. November unter einem nichtigen Vorwande zum Rücktritt genöthigt war, als dem Präsidenten Grevy von den ihm am nächsten stehenden Personen rückhaltlos zugestanden wurde, daß die Abstimmung vom 19. November gegen ihn selbst gerichtet sei, da mußte er sein Amt unverzüglich niederlegen. So verlangte es die Würde seiner hervorragenden Stellung. Er durfte nicht so lange warten, bis er zum Rücktritt genöthigt wurde, bis derselbe nur als der Rückzug in Folge eines unwiderstehlichen Zwanges erschien; er mußte in Anbetracht der durch seinen Schwiegersohn geschaffenen unerquicklichen Verhältnisse auf den Präsidentenstuhl Verzicht leisten und der öffentlichen Meinung weichen, auf welche er ja immer so viel gegeben hat.

Alle Verhandlungen seit dem 19. November haben nur die Unmöglichkeit gezeigt, unter den vorhandenen Umständen ein neues Ministerium zu bilden, aber diese Unmöglichkeit stand schon am Tage des Rücktritts Rouvier's fest, und wenn es noch eines besonderen Beweises bedurft hätte, so war er in der Weigerung Clemenceau's gegeben, die Schlußfolgerung aus seinem Antrage vom 19. November zu ziehen. Er ließ keinen Zweifel über die wahre Bedeutung seines Antrags und der dadurch geschaffenen Lage, sondern er sagte es offen heraus, daß sein Antrag gegen Grevy selbst gerichtet gewesen sei. Größere Klarheit über die Bedeutung der Krisis konnte Grevy nicht verlangen, alle Männer, welche er zu Rathe zog, Freycinet, Ferry, die Präsidenten der Kammer und des Senats, Floquet und Lenoyer, dann Maret und Goblet, gaben einstimmig dieselbe Auskunft: der Rücktritt des Präsidenten ist unvermeidlich.

Durch die Verzögerung der Entscheidung ist ein Zustand erzeugt worden, welcher bei der leichten Erregbarkeit der Franzosen ernste Gefahren in sich schließt. Die Ansammlungen vor dem Elysée und dem Palais Bourbon am Donnerstag sind die ersten Anzeichen einer im Entstehen begriffenen Bewegung, deren Ziel nicht bestimmbar ist. Die Leidenschaften der feindlichen Parteien sind geweckt. Militair und Polizei waren bereits genöthigt, die Menge zu zerstreuen, und jeder Tag der Verlängerung der Krisis wird schlimmere Erscheinungen zu Tage fördern. Denen, welchen der gegenwärtige Zustand nicht behagt, den Anhängern der Monarchie und der Commune, sind Volksläufe und Aufrufe die erwünschten Mittel, um ihren Zweck zu erreichen, aber ein Umschwung läßt sich nicht ohne Blutvergießen ins Werk setzen, und wenn die „Lanterne" das Wort Bürgerkrieg gebrauchte, so war das keine leere Redensart, ob auch das Mittel, welches zu seiner Vermeidung vorgeschlagen wurde, gewiß das ungeeignetste ist, nämlich das Verbleiben Grevy's an seinem Platze.

Seitdem die Krisis in das acute Stadium getreten ist, wird der Name Wilson nicht mehr genannt, es handelt sich nur noch um die Erben des erledigten Präsidentenstuhles. Der gemäßigte Freycinet, der Vertreter des passiven Standpunctes des Präsidenten, wie ihn die Verfassung vorschreibt, ist aus der Reihe der Candidaten ausgestrichen, an seine Stelle ist als Mann der That und der Initiative, nicht im Sinne, wie ihn Thiers auffaßte, sondern nach einer Auffassung, welche noch ihrer Bethätigung harrt, Ferry getreten. Ferry würde ein Präsident sein, wie ihn sich die eifrigsten Anhänger Gambetta's vorgestellt haben mögen, ebenso entschlußfähig wie dieser, aber besonnener. Die Feinde Ferry's haben an ihm nicht sowohl sein Mißgeschick in der Unternehmung gegen China und sein Streben, mit Deutschland einen modus vivendi herbeizuführen, als seine geistige Ueberlegenheit zu tadeln, durch welche er Leute wie Boulanger und Clemenceau in den Schatten stellt, vom Grafen von Paris und den Napoleoniden ganz zu geschweigen. Ferry würde sein verantwortungsvolles Amt von einem höheren Gesichtspunct aus auffassen als von dem des persönlichen Strebens nach Macht, in ihm steckt wirklich ein Stück von französischer Vaterlandsliebe. Das ist seinen Feinden und Neidern natürlich im Wege und deshalb machen sie die höchsten Anstrengungen, um seine Wahl zu verhindern. Diese Erfahrung wiederholt sich im Leben unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen stets, also kann sie nicht Wunder nehmen.

*

Leipzig, 3. December 1887.

* Der **Bundesrath** hat in seiner Plenarsitzung vom Donnerstag den Ausschußantrag, betreffend Eingaben über die Ausführung des Branntweinsteuer-Gesetzes, angenommen und dem Gesetzentwurfe über die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen seine Zustimmung ertheilt.

* Aus Neapel gehen der „Vossischen Zeitung" über das mehrfach erwähnte **Brandunglück** an Bord der Fregatte „Stein" folgende nähere Mittheilungen zu: Das Feuer brach am Sonnabend, den 26. November, 11¾ Uhr Abends an der linken Seite der Officiersmesse aus. Sämmtliche Officiere, sowie der Contre-Admiral v. Kall befanden sich bereits in ihren Schlafkammern und mußten dieselben in größter Eile fast ohne Bekleidung verlassen. Die Flammen, durch den Anstrich der Thüren und die Holzbekleidungen der Kammern genährt, griffen rasch um sich, verbreiteten sich zu beiden Seiten der Corridore, brachen durch die Glasverdeckung der Officiersmesse auf das Oberdeck und erreichten die Commandobrücke. Der Admiral, welcher seine Räume von außen hatte verlassen müssen, leitete sofort die Löschungsversuche mit größter Kaltblütigkeit und Umsicht. Die Mannschaft des nahe liegenden „Prinz Adalbert" eilte zur Hülfe herbei, eben so stellten sich die italienischen Hafenbehörden und die Admirale Civita und Acton ein. Es erforderte vor Allem einiger Anstrengung, die unter der Officiersmesse gelegene Pulverkammer in Sicherheit zu bringen, da die betreffende Maschinerie nicht sofort in Bewegung zu bringen war. Nach anderthalbstündiger aufopfernder Arbeit war alle Gefahr beseitigt und das Feuer vollkommen gelöscht. Mehrere der Officiere haben leider alle Habseligkeiten verloren, die sich in ihren Kammern befanden, und einer derselben nicht ganz unerhebliche Brandwunden am Kopf und an der Brust davongetragen; wahrscheinlich ist es, daß in seiner Kammer, durch Explosion einer Petroleumlampe das Feuer entstanden ist. In der italienischen Marine ist Petroleum als Brennmaterial durchaus verboten. Die auf dem Schiffe vorzunehmenden Reparaturen werden ungefähr drei Wochen Zeit erfordern und möglicherweise eine Aenderung im Programm der Weiterreise des Schulgeschwaders zur Folge haben.

* Aus dem Egerlande wird uns geschrieben:

Vielfach kann man noch immer in Deutsch-Oesterreich die Wahrnehmung machen, daß das deutsche Selbstbewußtsein nicht schon dort aufhört, wo der czechische oder slawische Druck nicht unmittelbar verspürt wird. Dies ist für die czechische Aufdringlichkeit von großem Vortheile; es erlaubt ihr, in aller Stille Fuß zu fassen und so stark zu werden, daß, wenn endlich in Folge dessen der deutsche Widerstand erwacht, er nicht mehr in der Lage ist, jene Aufdringlichkeit gänzlich abzuschütteln. Solche deutsche Sorglosigkeit kann in den deutschen Alpenländern kaum überraschen, wenn man sie hier und da noch in Böhmen selbst findet. Wenn man sich beispielsweise die Mühe nimmt, Land und Leute in jenem nordwestlichen Theile von Böhmen, der zum Egerer Kreise gehört, etwas näher zu betrachten, so stößt man nicht selten auf ganz absonderliche Erscheinungen. Innerhalb zweier Jahrzehnte hat das Slawenthum, wenn auch nur sporadisch, in dem Gebiete der Egerländer Deutschen Wurzel gefaßt, nicht gerade unter der bäuerlichen Landbevölkerung, aber doch schon in kleineren Städten und solchen Ortschaften, wo die adeligen Großgrundbesitzer czechische Beamte in Dienst nehmen, die für die slawische Sache nicht ohne Erfolg Propaganda machen, zum Mindesten Zwiespalt unter die deutsche Bevölkerung tragen. Muß man das schon seit vielen Jahren her als eine beklagenswerthe Thatsache bezeichnen, so wird dieselbe noch verstärkt durch die Berufung czechischer Beamten an Bahnen und kaiserlichen Aemtern, endlich auch durch die Einwanderung czechischer Arbeiter und Dienstboten, Handwerker und Handelstreibenden. Solche Zustände trifft man bereits in Mies, Schweitzau und Umgebung, Tian, Königswart, ja sogar in Eger. Und so mag es noch in manchen anderen Ortschaften des Egerer Kreises beschaffen sein. Gar häufig ist es unverzeihliche Indolenz von Seiten der deutschen Bevölkerung, welche dem czechisch-nationalen Chauvinismus zu lau entgegentritt. Es ist kaum glaublich, welche Sorte von Nachdeutschen unter den Egerländer Deutschböhmen sich breit und behäbig macht. Jedenfalls werden die Egerländer Deutschböhmen gut thun, sich ebensowenig wie andere bedrängte Deutschböhmen dem Wahne hinzugeben, daß ihr Deutschthum von Alters her gesichert und unantastbar sei.

* Wie aus Brüssel gemeldet wird, stellen dortige gut unterrichtete Kreise zwar die Nachricht von dem Eintritt der Königreiche Belgien und Holland in die Tripelallianz in Abrede, gestehen jedoch zu, daß seit geraumer Zeit Verhandlungen zwischen Belgien und Holland wegen des Abschlusses einer belgisch-holländischen Defensivallianz stattfinden. Der Beschluß der holländischen Regierung, das belgische Maasbefestigungssystem von der holländischen Grenze aus fortzusetzen, gilt als erster Erfolg jener Verhandlungen.

* Italiens Stellung im Kreise der Mächte wird durch seine intimen Beziehungen zu den mitteleuropäischen Kaiserreichen bedingt. Diese Beziehungen schließen die Pflege eines freundschaftlichen Einvernehmens mit anderen Staaten nicht nur nicht aus, sondern der eingestandenermaßen friedliche Zweck des Dreibundes legt es dessen Theilnehmern sogar sehr nahe, auch außerhalb des Rahmens der Allianz ihre politische Action so conciliant und freundschaftlich wie möglich zu gestalten. Italien geht in dieser Hinsicht nicht minder loyal zu Werke als seine Verbündeten, und man kann es daher nicht den Leitern der italienischen Staatskunst zur Last legen, wenn das Verhältniß des Königreichs zu der französischen Republik einen immer unerquicklicheren Charakter annimmt. Zu den von früher her bekannten italienisch-französischen Differenzpuncten gesellen sich neuerdings allerhand Zwischenfälle auf tunesischem Boden, welche für das Nationalbewußtsein der Italiener mehr als peinlich sind. Obgleich Italien die Franzosen in Tunis ruhig hat gewähren lassen, so fehlt doch noch sehr Vieles, wenn nicht Alles daran, daß ersteres sich mit der Angliederung Tunesiens an den französischen Colonialbesitz in Nordafrika ausgesöhnt hätte. Das Mißtrauen der Italiener gegen die Mittelmeer-Politik der Republik ist vielmehr in Folge dieses Eroberungszuges auf den Gipfel gestiegen; sie sagen sich, daß, was in Tunis geschehen ist, sich eines schönen Tages auch in Tripolis wiederholen könne, und bei dem bloßen Gedanken an eine solche Möglichkeit gerath das italienische Blut in leidenschaftliche Wallung. In Tunis selber sind Eifersüchteleien zwischen beiden Nationalitäten an der Tagesordnung und bilden die Quelle der oben schon erwähnten Zwischenfälle, welche den Groll Italiens über Frankreichs Festsetzung daselbst, die man als einen unverantwortlichen Eingriff in die natürliche Machtsphäre des eigenen Staates betrachtet, nicht zur Ruhe kommen lassen. Denn für Italien ist es allerdings eine nationale Lebensfrage, im Mittelmeerbecken hinreichend Luft zu behalten, während die französische Verwaltung von Tunesien gerade darauf auszugehen scheint, die italienischen Staatsangehörigen, welche die bei weitem zahlreichste und bedeutsamste Colonie in Tunis bilden, politisch und indirect dadurch auch materiell zu ruiniren. Man legt den Italienern Hindernisse in den Weg, die darauf berechnet sind, sie von den lebendigen Wechselbeziehungen zur Heimath nach und nach abzuschneiden, sie dem nationalen Gedanken, dem nationalen Idiom zu entfremden und so den späteren Aufsaugungsproceß des Italienerthums durch das Franzosenthum vorzubereiten. Nun sind aber gerade in diesem Puncte die Italiener besonders empfindlich und reizbar; es ist daher kein Wunder, wenn die der italienischen Colonie in Tunis bereitete Lage durch ganz Italien böses Blut macht.

* Die englische Regierung sucht den Agitationen der Opposition wegen der irischen Frage jetzt durch einen Redefeldzug in Irland selbst zu begegnen. Zu diesem Zwecke haben sich der Marquis von Hartington und der Schatzkanzler Goschen nach Dublin begeben, wo sie sich an einer großen Kundgebung gegen Homerule betheiligt haben, und Ersterer eine lange Rede hielt, in welcher er sagte, es lägen keine Beweise vor, daß, wenn Irland ein beschränktes Maß von Homerule gewährt werde, dies die Nationalisten befriedigen würde, welche die nationale Unabhängigkeit und die gänzliche Trennung von Großbritannien anstrebten. Selbst wenn die Mehrheit in Irland zu Gunsten von Homerule die Industrie und die öffentliche Meinung wirklich repräsentirte, dürfte es Pflicht des Parlaments sein, eine Forderung zu verweigern, welche nachtheilig für das Reich im Ganzen sein würde. Die Minderheit, welche Homerule nicht wolle, bestände größtentheils aus jenen Classen, von denen die Wohlfahrt Irlands abhänge. Unter den 86 parnellitischen Abgeordneten gebe es keinen einzigen Vertreter commerzieller Unternehmungen. Wie im Falle Schottlands könnten alle gerechten nationalen Bestrebungen Irlands vollauf befriedigt werden, ohne zu dem gefährlichen Auskunftsmittel zu greifen, ein Sonderparlament herzustellen.

* Einer Meldung des „Standard" aus Shanghai zufolge wird der König von Korea demnächst Gesandte nach England, Frankreich, Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika senden. China sah darin eine Verletzung seiner Oberhoheit, hat aber nach langem Zögern schließlich doch seine Zustimmung gegeben.

* In der Nähe von S. Paulo haben, wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, auf zwei Plantagen die Sklaven die Arbeit eingestellt, sich aller Maulesel und Pferde bemächtigt und sich mit ihren Weibern und Kindern entfernt. Zehn Polizisten, welche den Sklaven nachsetzten, wurden entwaffnet, entkleidet und durchgeprügelt. Auf dem Wege nach den Wäldern schlossen sich dem Haufen die Sklaven anderer Plantagen an. 50 Polizisten, welche die Sklaven angriffen, wurden zurückgeschlagen und dadurch so demoralisirt, daß sie nicht mehr wagten, in Amaro eine Bande Sklaven anzugreifen, welche durch die Stadt zogen unter dem Rufe: „Hurrah für die Freiheit! Wir ziehen den Tod dem Wiedereinfangen vor!" Im Uebrigen thaten die Sklaven Niemandem etwas zu Leide, wer ihnen nicht entgegentrat. Die Plantagenbesitzer sind in einiger Besorgniß, zumal die Officiere der regulären Armee an die Regentin eine Petition gesandt haben, in welcher sie darum bitten, nicht mehr zum Einfangen der Sklaven abcommandirt zu werden.

Zur parlamentarischen Lage in Oesterreich.

* Die Vertretungen der Kronländer Oesterreichs sind seit einigen Tagen versammelt. Das Hauptinteresse concentrirt sich auf den Rumpflandtag in Böhmen. Wie wird die Regierung sich gegenüber den czechischen Wünschen auf Errichtung stets neuer Landesausschüsse verhalten? Wie weit wird die Nachgiebigkeit der Regierung reichen? Mit Spannung harrt man im deutschen Lager auf die Beantwortung dieser Fragen. Vorerst sind die großen Schritte nicht gethan. Die Petitionen und Anfragen der Jungczechen, deren Spitzen gegen den Unterrichtsminister Gautsch gerichtet sind, haben vorerst nur die Bedeutung von Plänkeleien. Als Symptome dafür, was den Deutschen im czechischen Staatsgebiete bevorstände, sind auch gewisse Verfassungsauslegungen werthvoll. Eine Aenderung der Landesordnung von Böhmen ist nach dem Wortlaute des Gesetzes nur durch die Dreiviertelmehrheit der Landesvertreter möglich. Nun haben die 175 czechisch-feudal-klerikalen Mitglieder nicht die Dreiviertelmehrheit! Ein jungczechisches Organ kam nun zuerst auf die glänzende Idee, zu beweisen, daß der böhmische Landtag, da ihn die Deutschen durchaus nicht beschicken wollen, auch so als voll anzusehen sei und also Aenderungen der Landtagswahlordnung u. dergl. m. mit Fug und Recht vornehmen könne. Merkwürdigerweise schließen sich diesem alberneu Sophisma auch altczechische Blätter, wie Rieger's „Politik" und andere, die mit Vorliebe den Völkerfrieden zwischen Deutschen und Czechen predigen, an. „Wer nicht mithun will, der zählt überhaupt nicht mit!" Darauf läuft diese czechische Weisheit hinaus. Das Friedensgeläute hört indessen, wiewohl die frommen Wünsche der Czechen für die Deutschen immer deutlicher hervortreten, noch immer nicht auf. Ueber die Grenzen Böhmens hinaus, insbesondere in Wien, will man mit diesem Friedensgeläute über die eigentlichen Vorgänge in Böhmen hinwegtäuschen. Die Friedensliebe der Czechen sieht ganz anders aus, wenn man die Thaten derselben mit ihren Versicherungen vergleicht. „Recht und Ehre" sollen den Deutschen in Böhmen zu Theil werden, so sagt das Organ Rieger's; man sehe einmal, wie beide aussehen. Gerade in jüngster Zeit ging man in Böhmen wieder mit verdoppeltem Eifer an die „Schulmacherei", welche die Deutschen in ihren geschlossenen Gebieten national zersetzen soll. Der czechische Landesschulrath in Prag unter dem Vorsitze des Statthalters hat soeben czechische Schulen in Ossegg und Trautenau, welche von den betreffenden deutschen Gemeinden erhalten werden müssen, beschlossen; er hat für Kremmau Parallelclassen, welche das Unterrichtsministerium beseitigt wissen wollte, eingeführt, und zwar vorläufig auf Kosten einer czechischen Nachbargemeinde, die im Sinne der Wühlereien der Prager Czechenführer, von denen sie bestimmt auch das Geld dazu erhält, lieber die Kosten der Parallelclassen in Krummau trägt, als daß sie bei sich selbst zu Hause die nöthige czechische Schule errichtete. Der überall geübte Brauch, deutsche Städte und Gemeinden durch auswärtige czechische Schulkinder um ihr deutsches Gepräge zu bringen und ihnen czechische Schulen aufzuerlegen, findet also auch diesmal wieder in Krummau. Zur weiteren Czechisirung Reichenbergs wird soeben für diese Stadt eine „czechische gewerbliche Fortbildungsschule" errichtet. Alle diese Schulen, von den Versuchen in Tarn, Teplitz und an anderen Orten ganz abgesehen, sind ebenso viele Angriffe auf den Bestand und das Leben des deutschen Volkes in Böhmen. Diese Angriffe begannen mit der „Versöhnungs-Aera", sie setzen sich nun durch acht Jahre hindurch fort und sind, wie soeben gezeigt wurde, im schnellsten Gange. Die Versuche der Czechen, die gesammten Hilfsmittel des Landes in ihre Hand zu bekommen, wie sie in der „Landesbank", „Landesausstellung", „Landesfeuerversicherung" u. s. w., lauter Landesanstalten, welche die czechische Nation in erster Reihe volkswirthschaftlich heben sollen und ihr jenes ökonomische Gewicht mit Hülfe der Steuergelder der deutschen Mitbewohner Böhmens künstlich verleihen sollen, welches diese Deutschen durch das natürliche Uebergewicht ihrer Cultur besitzen und durch den Fleiß und Arbeit von Jahrhunderten sich erhalten haben, gemacht werden, die weiter fortschreitende Czechisirung von Amt und Gericht, die Bestrebungen, keinen Deutschen in die Prager Stadtvertretung gelangen zu lassen, die Bemühungen, den Deutschen die letzten Stellungen in der „auf Umwegen" czechisirten Handelskammer von Prag zu entreißen, sie bei der ebenso „auf Umwegen" czechisirten Handelskammern in Pilsen und Budweis völlig kalt zu stellen; die unverzagte Verfügung über den deutschen Steuerquidem, wie er sich im czechischen Museumsbau, im czechischen Nationaltheater u. s. w. kundgiebt: das sind die thatsächlichen Beweise czechischer Friedensliebe und czechischer Genügsamkeit, den Deutschen „Recht und Ehre" zu Theil werden zu lassen. Wenn nun Rieger oder Lobkowitz zu dem Führer der Deutschen gehen und ihm die Einsetzung eines Versöhnungsausschusses von beiderseitigen Vertrauensmännern zur Berathung des Friedens empfehlen, wie kann er ihnen anders antworten als mit dem Hinweise auf die fortgesetzten Angriffe auf den Leib, den Bestand des deutschen Volkes in Böhmen? Wenn aber diese vermittelnden Herren gefragt werden, ob die Angriffe in Zukunft eingestellt, ob die früheren Angriffe rückgängig gemacht werden sollen, dann antworten sie mit einem bestimmten Nein. Was sollen also unter solchen Umständen „Verhand-